

11.01.2012 - 12:11 Uhr

## Initiative Lüscher: SGB und Unia kritisieren Bundesrat/ Arbeiten rund um die Uhr - Nein Danke!

Bern (ots) -

Die Unia als grösste Detailhandelsgewerkschaft und der Schweizerische Gewerkschaftsbund begrüssen es, dass der Bundesrat eine flächendeckende Einführung des 24-Stunden-Verkaufs ablehnt. Inakzeptabel ist aber, dass die Shops an Hauptverkehrswegen mit starkem Reiseverkehr in Zukunft ihr Personal rund um die Uhr arbeiten lassen dürfen. Die Gewerkschaften fordern das Parlament auf, die Vorlage abzulehnen.

Vania Alleva, Mitglied der Geschäftsleitung der Unia, kritisiert den bundesrätlichen Entscheid: "Der Bundesrat missachtet eine wichtige Freiheit der Arbeitnehmer - die Freiheit, nicht rund um die Uhr verfügbar sein zu müssen." Die hart erkämpfte Beschränkung der Nachtarbeit werde damit ausgehöhlt. Und SGB-Zentralsekretär Jean Christophe Schwaab fordert, "dass dieser kurzsichtig ideologische Antrag im Plenum der eidgenössischen Räte korrigiert wird." Der Bundesrat empfiehlt, dass Tankstellenshops an Autobahnraststätten und überregionalen Hauptverkehrsachsen künftig auch nachts zwischen 1 Uhr und 5 Uhr sämtliche Produkte verkaufen können. Damit geht er zwar weniger weit als die parlamentarische Initiative Lüscher. Dennoch ist die Ausdehnung der Nachtarbeit völlig unnötig und falsch. Sie bringt für die Beschäftigten in den Läden und mittelbar auch in verbundenen Bereichen wie Reinigung, Lieferung und Sicherheit mehr Stress, schlechtere Arbeitsbedingungen, Gesundheitsprobleme und Einschränkungen des Familienlebens. Zudem ist Nachtarbeit in Tankstellenshops gefährlich, Überfälle sind häufig. Der Bundesrat gewichtet damit das Interesse einiger Ladenketten höher als den Arbeitnehmerschutz. Das ist umso unverständlicher, als die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gar keine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten will. Dies zeigt sich in den Abstimmungen der letzten Jahre, in denen entsprechende Liberalisierungsvorlagen zu 90% bachab geschickt wurden. Dieses klare Signal sollte nun endlich auch die Politik zur Kenntnis nehmen.

Kontakt:

- Jean Christophe Schwaab, SGB-Zentralsekretär, 078 690 35 09;
- Vania Alleva, SGB-Vizepräsidentin, GL Unia, 079 620 11 14

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100711105> abgerufen werden.